

DEGAM am Ziel ihrer Wünsche?

MB-Studierende wehren sich gegen Pläne der Gesundheitsministerkonferenz

Berlin (ass/hf). Masterplan Medizinstudium 2020 – so heißt das von Bund und Ländern gemeinsam erarbeitete Vorhaben zur Reform des Medizinstudiums. Einer der Schwerpunkte ist die „Stärkung der Allgemeinmedizin“ im Studium. Es soll darin aber auch um mehr Praxisorientierung und neue Regeln zum Auswahlverfahren für das Studium gehen – etwa nur für die Allgemeinmedizin? Jetzt ist anlässlich der Gesundheitsministerkonferenz der Länder Ende Juni in Rostock bekannt geworden, was die Politik im Einzelnen darunter versteht: Mehr Pflicht und weniger Freiraum für die Studierenden. So ist eine Umwandlung des Praktischen Jahres in Quartale mit einem zusätzlichen Pflichtabschnitt „Ambulante Medizin“ geplant. Im Staatsexamen (M3) soll eine neue mündlich-praktische Prüfung im Fach Allgemeinmedizin eingeführt werden. Die Gesundheitsminister der Länder plädieren darüber hinaus für eine „Länderarztquote“ bei der Zulassung zum Studium. Pläne, die an vielen Stellen viele Unbekannte, am Ende zu Ungunsten der angehenden Mediziner haben werden (lesen Sie S. 6).

„Diese Mogelpackung ist ein Misstrauensvotum gegenüber erwachsenen Menschen, die durch immer neue Zwangs-

maßnahmen in die häusertliche Praxis gedrängt werden sollen. Schon jetzt gibt es mit der Pflichtfamiliarität und dem Blockpraktikum im Studium ausreichend Gelegenheit, die Allgemeinmedizin besser kennenzulernen. Mehr Pflicht wollen wir nicht“, kommentierte Stefanie Weber, Vorsitzende des Sprechertrags der MB-Medizinstudierenden, die Pläne der Länderminister.

Die drohenden Andeutungen im PJ wiegen besonders schwer, weil sie den Studierenden bestehende Wahlmöglichkeiten nehmen. Es gäbe dann nicht mehr zwei Pflichtabschnitte, sondern drei. Aus dem viermonatigen Wahl-Tertial würde ein dreimonatiges Wahl-Quartal. Und die bisherige Wahlmöglichkeit bei der M3-Prüfung würde zugunsten einer Pflichtprüfung im Fach Allgemeinmedizin abgeschafft.

Noch liegt der komplette Entwurf des Masterplans nicht vor, vor allem die „Länderarztquote“ scheint noch zwischen Gesundheits- und Kultusministern strittig zu sein. Die geplanten Änderungen an der ärztlichen Approbationsordnung sind aber offensichtlich zwischen den Ressorts auf Länderebene konsentiert.

Zuständig für die Approbationsordnung ist aber der Bundesgesundheitsminister, der für eine entsprechende Novel-



le die Zustimmung des Kabinetts und des Bundesrates benötigt. Deshalb hat sich Weber in einem Schreiben auch direkt an Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe gewandt und ihn gebeten, bei den anstehenden Beratungen über den Masterplan den jetzt bekannt gewordenen Änderungsvorschlägen der Länderminister eine Absage zu erteilen.

In ihrem Brief macht Weber deutlich, dass eine Stärkung der Allgemeinmedizin, beispielsweise eine flächendeckende Einrichtung von Lehrstühlen, auch im Sinne der Studierenden ist. Zugleich wendet sie sich aber ebenso klar gegen Überlegungen, das Studium weiter zuzulasten der Studierenden zu reglementieren und die ohnehin nur geringe Wahlfrei-

heit noch mehr einzuschränken.

Ein weiteres Schreiben wurde an die Mitglieder der Ausschüsse für Gesundheit sowie für Kulturfragen des Bundesrates, also die zuständigen Gesundheitsminister und Kultusminister der Länder, gerichtet.

Flankiert wird diese Briefaktion durch eine E-Card-Aktion, die an Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe gerichtet ist, auf den es jetzt als Verdienungsgeber ankommt. Bitte beteiligen Sie sich an der Aktion und leiten Sie den Link zur digitalen Postkarte auch an Ihre Kommilitoninnen und Kommilitonen weiter. Unterzeichnen Sie die Postkarte, noch ist Zeit, den politischen Entscheidungsprozess zu beeinflussen! Hier der Link zur E-Card: ht-

tp://www.marburger-bund.de/mzb-29

Die Forderungen des Marburger Bundes zum Masterplan, Pressemitteilungen, Stellungnahmen und die Ergebnisse des MB-Studi-Sarometer 2016, sind auch auf einer MB-Sonderseite abrufbar: <http://www.marburger-bund.de/mb-studenten/mb-studenten/masterplan-2020>

Kommt am Ende doch alles so, wie die Gesundheitsminister sich das wünschen, dann ist auch die Deutsche Gesellschaft für Allgemeinmedizin (DEGAM) am Ziel ihrer Wünsche. Von wegen „Kompromiss“, wie Präsident Prof. Ferdinand Gerlach zu suggerieren versucht, vielmehr dann ein Coup auf Kosten studentischer Wahlfreiheit (lesen Sie auch S. 2 und S. 6).